

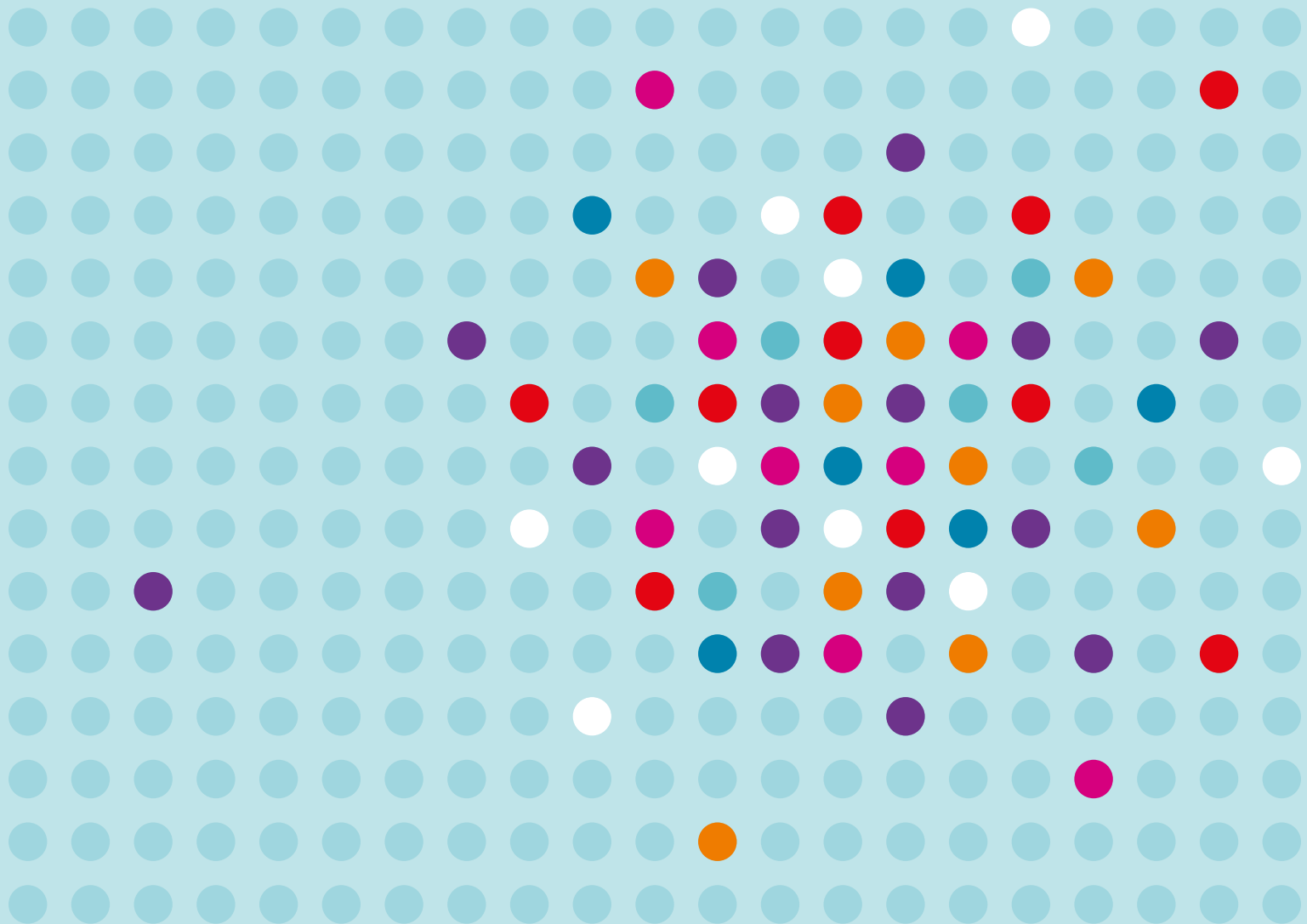
POLICY BRIEF

Nr. 104 · Policy Brief WSI · 10/2026

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

LOHNT SICH ARBEIT IN DEUTSCHLAND AUCH 2026 NOCH?

Eric Seils, Helge Emmler



Einleitung¹

Im Rahmen der hitzig geführten Debatte um das Bürgergeld wurde regelmäßig der Vorwurf erhoben, dass es sich bei Bürgergeldbezug nicht mehr lohne, arbeiten zu gehen. In diesem Zusammenhang erschien im August 2025 eine WSI-Studie (Seils 2025), die zeigte, dass selbst Arbeit zum Mindestlohn in jedem Fall mit einem Einkommenszuwachs verbunden ist. Obwohl dieses Ergebnis keineswegs neu war, traf es in Teilen der Bevölkerung auf scharfe Ablehnung: Die Reaktionen auf die Pressemitteilung reichten von Zweifeln an den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den Mieten bis hin zu Vorwürfen, Leistungen „vergessen“ zu haben. In der Politik dominierten Stimmen, die eine grundlegende Reform des Bürgergeldes verlangten und Einsparungen in Milliardenhöhe versprachen. Schließlich wurde das kurzlebige Bürgergeld Anfang Juli 2026 durch das neu geschaffene Grundsicherungsgeld ersetzt.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden auf der Grundlage des WSI-Steuer/Transfermodells untersucht werden, welchen Einfluss die Grundsicherungsreform auf den Lohnabstand hat. Danach werden die Kritikpunkte an derartigen Berechnungen unter die Lupe genommen. Doch zunächst werden einige Anmerkungen zu den jüngsten Reformen und den entsprechenden Modellanpassungen genannt.

Modellanpassungen

Wie im Vorjahr werden mit dem WSI-Steuer/Transfermodell (Seils 2025) Berechnungen durchgeführt, die einen Vergleich der verfügbaren Haushaltseinkommen bei ausschließlichem SGB-II-Bezug bzw. Erwerbstätigkeit ermöglichen. Um Vergleichbarkeit sicherzustellen, wird die Annahme beibehalten, dass nur ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist. Außerdem werden dieselben drei Haushaltskonstellationen untersucht: Ein alleinstehender Mann, eine alleinerziehende Frau mit einem Kind von fünf Jahren und eine Familie mit zwei Kindern im Alter von fünf und 14 Jahren, in der der Ehemann erwerbstätig ist. Bei Erwerbstätigkeit wird eine abhängige sozialversicherungspflichtige Vollzeiterwerbstätigkeit von 38,19 Wochenstunden² zum geltenden Mindestlohn des Jahres 2026 in Höhe von 13,90 Euro pro Stunde angenommen. Daraus ergibt sich ein Bruttomonatslohn von $(38,19 \times 13,90 \times (52/12)) = 2.300,31$ Euro.

Das Modell umfasst für 2026 alle relevanten Abgaben, das Bürgergeld sowie weitere Sozialleistungen:

¹ Ich danke Florian Blank und der Statistik der Bundesagentur für Arbeit für Daten, Unterstützung bzw. wichtige Hinweise.

² Es handelt sich um die tarifliche bzw. betriebsübliche Arbeitszeit nach der IAB-Arbeitszeitrechnung im Jahr 2025. Diese hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Vgl. hierzu: https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/AZ_Komponenten.xlsx (letzter Zugriff: 03.09.2026).

Abgaben

Auf der Seite der Abgaben werden die Einkommensteuer, Kirchensteuer und die verschiedenen Arten von Sozialversicherungsbeiträgen mit allen aktuellen Stellgrößen und ihren regionalen Besonderheiten berücksichtigt. Die vom übrigen Bundesgebiet abweichenden Beitragssätze zur Pflegeversicherung in Sachsen werden ebenso im Modell berücksichtigt wie die jeweiligen Hebesätze der Kirchensteuer. In einem Haushalt mit zwei Erwachsenen nimmt das WSI-Steuer/Transfermodell bei der Berechnung der Einkommensteuer ein gemeinsam veranlagtes Ehepaar (Ehegattensplitting) mit einem Gehalt an.

Grundsicherungsgeld und damit einhergehende Leistungen

Die Grundsicherungsreform³ erhöht den Druck zur Arbeitsaufnahme erheblich: Wer sich etwa um ein Kleinkind kümmern muss, soll nunmehr bereits nach dem 14. statt bislang 36. Lebensmonat zur Arbeit oder einer Eingliederungsmaßnahme herangezogen werden können. Meldeversäumnisse (§32 SGB II) und Arbeitsverweigerung (§31a Abs. 7 SGB II) sollen schärfer sanktioniert werden. Die Abschaffung der bisher am Anfang des SGB-II-Bezugs bestehenden Karenzzeit beim Vermögen bzw. deren Ersatz durch ein lebensaltersabhängiges Schonvermögen sollte den SGB-Bezug ebenfalls unattraktiv gestalten.

Die für die Berechnung des Lohnabstandes zentralen Bestimmungen zu den Regelsätzen (§ 21 SGB II) und der Mehrbedarfe (§21 SGB II) sowie zur Anrechnung von Einkommen sind hingegen durch die Grundsicherungsreform unberührt geblieben. Die Anwendung der weiter geltenden Fortschreibungsregeln führen vielmehr dazu, dass sich auch bei den nominalen Beträgen gegenüber dem Vorjahr nichts ändert. Einem Erwachsenen im Haushalt fließt auch im Jahr 2026 ein Regelbedarf von 563 Euro im Monat zu, bei Paaren sind es weiterhin jeweils 506 Euro. Bei Kindern ist die Höhe des Regelbedarfs nach Alter gestaffelt: Kinder unter sechs Jahren erhalten 357 Euro, während Kindern der Altersgruppen sechs bis 13 bzw. 14 bis 17 Jahren mit 390 bzw. 471 Euro mehr zugestanden wird. Bei einer ganzen Reihe von Sonderfällen wird darüber hinaus ein Mehrbedarf anerkannt. In den Berechnungen wird nur der Mehrbedarf für Alleinerziehende berücksichtigt, dessen Höhe von der Anzahl und dem Alter der zu betreuenden Kinder abhängt.

Die Einschnitte der Grundsicherungsreform hinsichtlich der Anerkennung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (§22 SGB II) beziehen sich auf die Karenzzeiten zu Beginn des SGB-II-Bezugs oder nachdem sich die Zahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft (BG) verringert hat. Unter anderem soll die Anerkennung der Kosten der Unterkunft während der Karenzzeit zu Beginn des SGB-II-Bezugs auf das Eineinhalbfache der Angemessenheitsgrenze in der Region gedeckelt werden (vgl. § 22 Abs. 1). Es ist zu erwarten, dass sich diese Neuregelung dämpfend auf die Entwicklung der Kosten der Unterkunft auswirkt. Danach werden die Kosten der Unterkunft wie bislang nur in *angemessener* Höhe übernommen (Bähr et al. 2025). Die Kosten der

³ Vgl. zum Folgenden: [Neue Grundsicherung löst Bürgergeld ab](#), Bundesregierung (2026) (letzter Zugriff: 03.09.2026).

Unterkunft (KdU) müssen dann zum Beispiel durch einen Umzug oder durch die Aufnahme von Untermietern auf die angemessene Höhe abgesenkt werden. Sie werden nur in angemessener Höhe übernommen. Grundsätzlich umfassen die KdU neben der Kaltmiete auch angemessene Heizkosten und Betriebskosten. Die Kosten für elektrischen Strom sind darin *nicht* enthalten, müssen also aus dem Regelbedarf finanziert werden.

Empirisch wird in der folgenden Analyse auf die SGB-II-Statistik zu den laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft (Miete) zurückgegriffen. Die Daten liegen als Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit für alle Regionen in der Bundesrepublik für den März 2026 vor. In diesen Daten zu den KdU wird zusätzlich zwischen Unterkunfts-, Heiz- und Betriebskosten unterschieden. Einmalzahlungen wie etwa die Übernahme von Umzugskosten⁴ oder Nachzahlungen von Heiz- oder Betriebskosten werden den laufenden Kosten der Unterkunft zugeschlagen und müssen daher nicht eigens berücksichtigt werden. Die laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft abzüglich der Heizkosten ergeben die Bruttokaltmiete, welche bei der Berechnung des Wohngeldes eine Rolle spielt.

Auch die unverändert gültigen Absetzbeträge („Hinzuverdienstregelungen“) nach § 11b (3) SGB II sind im WSI-Steuer/Transfermodell abgebildet. Danach mindern die ersten 100 Euro Zuverdienst die Grundsicherung nicht. Bei einem Betrag zwischen 100 und 520 Euro verbleiben 20 Prozent. Beträge zwischen 520,01 bis 1.000 Euro werden bis auf 30 Prozent angerechnet. Zwischen 1.000,01 und 1.500 Euro (1.200 bei Kinderlosen) verbleiben zehn Prozent (Steffen 2022, S.1).

Eine weitere geldwerte Leistung ist die Regelung, wonach SGB-II-Haushalte von der Zahlung des Rundfunkbeitrags ausgenommen sind, welcher sich 2026 unverändert auf 18,36 Euro pro Monat und Wohnung beläuft.⁵ Diese Leistung ist nicht in das WSI-Steuer/Transfer-Modell integriert, sondern wird nur nachrichtlich ausgewiesen.

Sozialleistungen für Beschäftigte

Neben dem SGB II müssen eine ganze Reihe weiterer Sozialleistungen berücksichtigt werden, die gleichfalls von Beschäftigten bezogen werden können. Hier ist etwa der wenig bekannte Sofortzuschlag (§145 SGB XII) zu nennen. Dabei handelt es sich um eine im Juli 2022 eingeführte zusätzliche Leistung in Höhe von 25 Euro im Monat, um von Armut betroffene Kinder und Jugendliche ohne einen zusätzlichen Antrag zu unterstützen. Der Sofortzuschlag wird an Kinder und Jugendliche ausgezahlt, die Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben. Die Leistung wird auch an Minderjährige ausgezahlt, für die Kinderzuschlag bezogen wird. Dort ist sie jedoch bereits in den Zahlbetrag integriert.

⁴ Die Übernahme von Umzugskosten wird in der Öffentlichkeit oftmals als eine Vergünstigung aufgefasst. Tatsächlich unterliegt bereits der Umzug einer Zustimmung des kommunalen Trägers der Grundsicherung und einer Kostenprüfung. Auch die mögliche Übernahme der Umzugskosten ist an die vorherige Zusage des örtlich zuständigen Trägers geknüpft und soll etwa dann erfolgen, wenn der Umzug vom Jobcenter veranlasst oder aus anderen Gründen notwendig ist (vgl. § 22 Abs. 6 SGB II).

⁵ Medienberichten zufolge soll der Beitrag 2027 auf 18,64 Euro steigen (vgl. hierzu: Rundfunkbeitrag soll um 28 Cent steigen, tageschau.de (2026) (letzter Zugriff: 03.09.2026).

Zu berücksichtigen ist auch das allseits bekannte Kindergeld (§66 Einkommensteuergesetz) in Höhe von 259 Euro. In Kombination mit dem wenig bekannten Kinderzuschlag (Familienkasse Direktion 2022) und dem bereits 2025 angepassten Wohngeld trägt es dazu bei, SGB-II-Bezug zu vermeiden.

Beim Wohngeld (Knoche 2023) handelt es sich um einen Zuschuss zu den Wohnkosten für einkommensschwache Haushalte. Es kann grundsätzlich nicht an Menschen ausgezahlt werden, die Fürsorgeleistungen nach dem SGB II beziehen. Die maximale Höhe des Wohngeldes hängt von der Größe des Haushaltes und dem Mietkostenniveau der jeweiligen Gemeinde ab, das sich in der Mietstufe widerspiegelt (Knoche 2023). Um Modellrechnungen zur Höhe des Wohngeldes in größeren Regionen wie Kreisen, Bundesländern oder dem Bundesgebiet zu ermöglichen, müssen daher geeignete Mietstufen angenommen werden. Da es für alle Gemeinden ab 10.000 Einwohnern und für die übrigen Gemeinden oftmals zusätzlich die Mietstufe des Kreises gibt, wurden im ersten Schritt bevölkerungsgewichtete⁶ Mittelwerte der Mietstufen auf der Kreisebene berechnet. Aus den ungerundeten bevölkerungsgewichteten Mittelwerten der Mietstufen für die Kreisebene ergeben sich durch Zusammenfassung entsprechende Mittelwerte für Bundesländer, Regionen und das Bundesgebiet. Die Werte für die jeweilige Region ergeben sich dann durch Rundung.

Der Kinderzuschlag (§6a Bundeskindergeldgesetz) ist ein Zuschlag zum Kindergeld, der bewirken soll, dass erwerbstätige Eltern nicht nur wegen des Bedarfs ihrer Kinder auf das Bürgergeld zurückgreifen müssen. Der Kinderzuschlag beträgt weiterhin maximal 297 Euro pro Kind.

Im Falle von Alleinerziehenden wird schließlich der nach dem Alter des Kindes gestaffelte Unterhaltsvorschuss veranschlagt, welcher ausgefallene Unterhaltsleistungen ersetzen soll. Die Höhe des Unterhaltsvorschusses hat sich gegenüber 2025 nicht verändert und beträgt bei Kindern bis einschließlich fünf Jahren 227 Euro, von sechs bis elf Jahren 299 Euro und von zwölf bis 17 Jahren 394 Euro monatlich.⁷

Ergebnisse

Die Modellrechnungen zeigen, dass das Lohnabstandsgebot bei allen untersuchten Haushaltskonstellationen gewahrt ist. Dies sei an drei Haushaltskonstellationen für den Bundesdurchschnitt illustriert:

Ein alleinstehender Mann, der 38,19 Stunden in der Woche zum Mindestlohn arbeitet, erhält einen Bruttomonatslohn von 2.300,31 Euro. Davon verbleiben nach Abzug von 147 Euro Einkommensteuer und 500 Euro Sozialversicherungsbeiträgen ein Nettomonatslohn von 1.653 Euro. Ein Anspruch auf Wohngeld besteht nicht, sodass das verfügbare Einkommen bei Arbeit bei 1.653 Euro bleibt.

⁶ Der Stichtag für die 10.000-Einwohnerschwelle ist der 30. September 2020. Den gewichteten Mittelwerten liegen Bevölkerungsdaten von Ende Dezember 2020 zugrunde.

⁷ Vgl. hierzu: [MinUhV – Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder nach § 1612a Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs](#). Auf die in der Verordnung genannten Beträge ist das Kindergeld in der jeweils gültigen Höhe anzurechnen, sodass sich keine Änderung ergibt.

Bei Bürgergeldbezug stehen dem Mann hingegen nur 563 Euro und 467,37 Euro für die Kosten der Unterkunft zu, was in der Summe ein verfügbares Einkommen von rund 1.030 Euro ergibt. Der Lohnabstand beträgt also ($1653 - 1030 = 623$ Euro). Zieht man vom diesjährigen Lohnabstand noch den Rundfunkbeitrag in Höhe von 18,36 Euro ab, verbleibt dennoch ein Lohnabstand von rund 600 Euro.

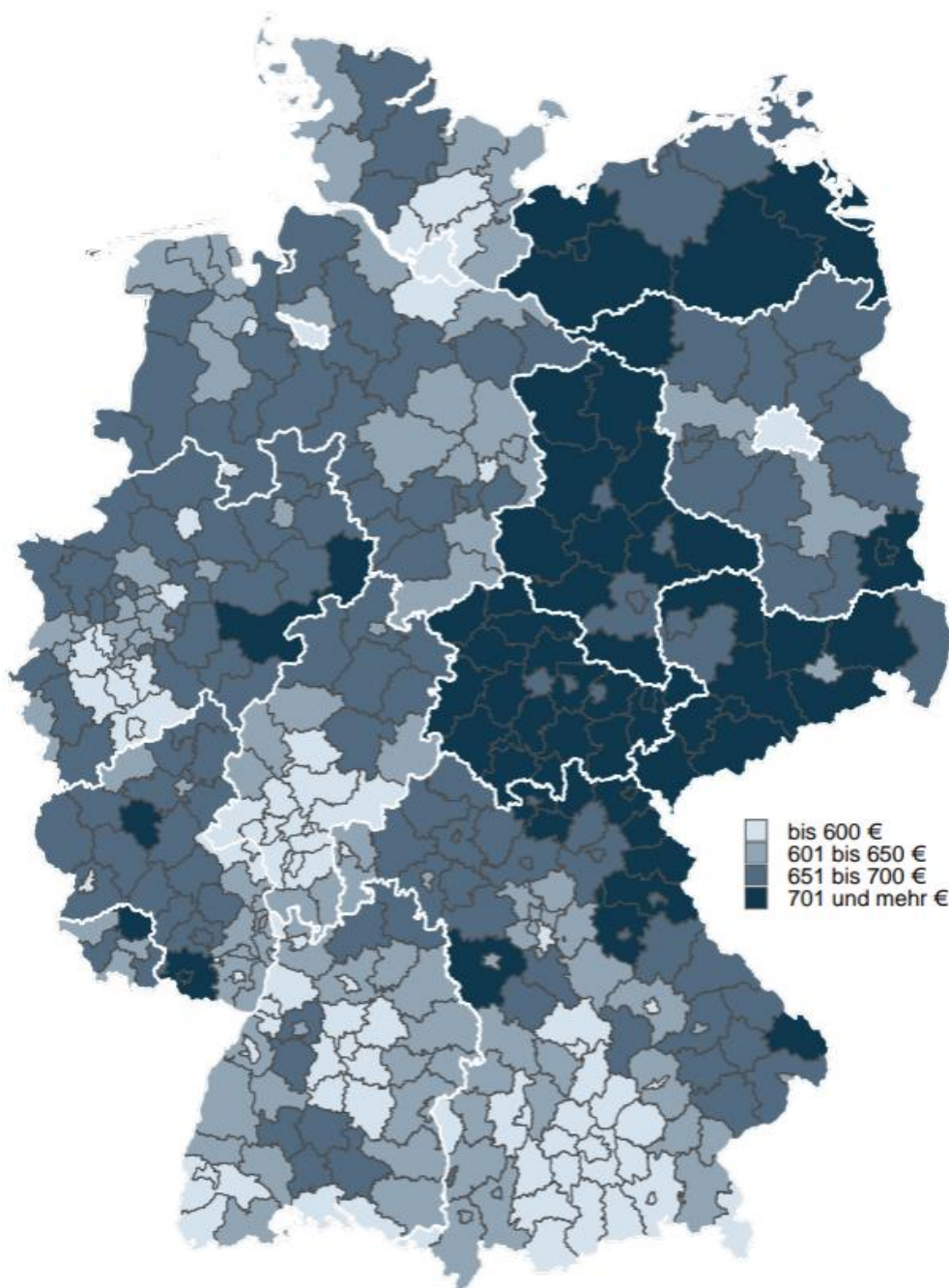
Im Fall einer alleinerziehenden Frau mit einem Kind im Alter von fünf Jahren werden bei gleichem Bruttolohn 65 Euro Einkommensteuer und 487 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen fällig, sodass ein Netto von 1.749 Euro verbleibt. Dazu kommen 259 Euro Kindergeld, 152 Euro Kinderzuschlag, 177 Euro Wohngeld und 227 Euro Unterhaltsvorschuss, was sich zu einem verfügbaren Haushaltseinkommen von 2.564 Euro summiert. Wenn der Haushalt sich hingegen bei gleicher Miete auf den Bezug von Bürgergeld beschränkt, reduziert sich das verfügbare Haushaltseinkommen auf nur noch 1.806 Euro. Der Betrag ergibt sich als Summe der beiden Regelsätze ($563 + 357 = 920$ Euro), des Mehrbedarfs für Alleinerziehende (202,68 Euro), der Kosten der Unterkunft (658,65 Euro) und des Sofortzuschlags (25 Euro). Der Lohnabstand beträgt damit ($2.564 - 1.806 = 757$ Euro).

Auch im Modellfall des Ehepaars mit zwei Kindern im Alter von fünf und 14 Jahren ergibt sich im Prinzip das gleiche Resultat: Vom Bruttolohn des Ehemannes werden in diesem Fall lediglich 481 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen abgezogen, sodass sich ein Nettolohn von 1.820 Euro ergibt. Neben dem Kindergeld ($259 + 259 = 518$ Euro) können ($297 + 297 = 594$ Euro) Kinderzuschlag und 603 Euro Wohngeld als Zuschuss zu den Mietkosten bezogen werden. In der Summe ergibt sich ein verfügbares Haushaltseinkommen von 3.535 Euro.

Bei gleicher Haushaltskonstellation und Miete ergibt sich das verfügbare Haushaltseinkommen in Höhe von 2.785 Euro bei reinem SGB-II-Bezug als Summe der Regelsätze ($506 + 506 + 357 + 471 = 1.840$ Euro), der Kosten der Unterkunft (895,45 Euro) und der Sofortzuschläge ($25 + 25 = 50$ Euro). Der Lohnabstand beträgt ($3.535 - 2.785 = 749$ Euro).

Wie die Karte in Abbildung 1 zeigt, sind jedoch beachtliche regionale Unterschiede beim Lohnabstand festzustellen. Den kleinsten Lohnabstand im Modellfall des alleinstehenden Mannes weisen der Landkreis München (404 Euro), die Stadt München (466 Euro) und der Landkreis Dachau (468 Euro) auf. Dem stehen am anderen Ende der Verteilung Nordhausen (755 Euro), der Vogtlandkreis (749 Euro) und die Stadt Gera (745 Euro) gegenüber. Im Osten (inklusive Berlin) ist der Lohnabstand mit durchschnittlich 664 Euro etwas größer als im Westen (609 Euro). Letztendlich stehen die Unterschiede unabhängig von der jeweiligen Haushaltskonstellation in einem sehr engen negativen Zusammenhang mit den jeweiligen Wohnkosten. Je höher nämlich die Kosten der Unterkunft, desto höher fallen die Leistungen nach dem SGB II aus. Bei gegebenem Bruttomonatslohn verringert sich also der Lohnabstand. Im Vergleich zum Jahr 2025 ergibt sich in Deutschland insgesamt ein leichter Anstieg um 66 Euro auf derzeit 623 Euro.

Abbildung 1: Lohnabstand bei Alleinstehenden nach Region, 2026
Angaben in Euro



Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den Kosten der Unterkunft, WSI-Steuer/Transfermodell.

Anmerkung: Lohnabstand = verfügbares Einkommen bei Arbeit – verfügbares Einkommen ohne Arbeit. Die Daten sind im Anhang zu diesem Policy Brief abgedruckt.

WSI

Einwände

Gegen derartige Berechnungen wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Einwände erhoben, die sich in vier Gruppen zusammenfassen lassen:

Sind Haushalte mit vielen Kindern berücksichtigt?

Oft wird vermutet, dass sich Arbeit insbesondere bei einer hohen Kinderzahl nicht lohnt.⁸ Dies erscheint zunächst plausibel, weil der SGB-II-Bedarf (ebenso wie der Sofortzuschlag) mit der Zahl der Kinder wächst und somit das verfügbare Einkommen im Fall ohne Arbeit steigt. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, steigt das verfügbare Haushaltseinkommen bei Arbeit mit der Zahl der Kinder jedoch *noch* stärker an. Erstens ist eine wachsende Zahl von Kindern im Fall von Arbeit beim Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss, Sofortzuschlag mit steigenden Leistungen verbunden. Zweitens verringert sich bei Arbeitenden der Beitragssatz zur Pflegeversicherung, wodurch der Nettolohn steigt. In die gleiche Richtung wirkt der Entlastungsbetrag Alleinerziehender in der Einkommensteuer.

Tabelle 1: Lohnabstand und Kinderzahl, 2026

Angaben in Prozent

Kinderzahl	Alleinstehender Mensch			Ehepaar		
	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohnabstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohnabstand
0	1.653	1.030	623	2.018	1.670	348
1	2.564	1.806	757	2.718	2.190	528
2	3.355	2.310	1.044	3.535	2.671	863
3	4.227	2.805	1.422	4.261	3.162	1.100
4	5.038	3.369	1.669	4.995	3.665	1.330
5	5.878	3.978	1.900	5.756	4.252	1.504

Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, (Bundesagentur für Arbeit 2024c: Tabelle 2b, 2024d: Tabelle 2b, 2024b: Tabelle 2b; Landeshauptstadt München 2024, S. 19), eigene Berechnungen.

WSI

Anmerkungen: Der Median und der Modalwert sind aus einer Häufigkeitsverteilung der Bruttokaltmieten in 50-Euro-Schritten für den November 2023 ermittelt, wobei beim Median eine Gleichverteilung innerhalb der Klassen angenommen wurde.

Entgegen landläufigen Vermutungen wächst der Lohnabstand also mit der Zahl der Kinder! Dies gilt sowohl für Paarhaushalte als auch für Alleinerziehende. Abgesehen davon haben nur 21 Prozent aller Paare und etwa 16 Prozent aller Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug drei oder mehr Kinder. Zweidrittel aller BG – der Löwenanteil Single-BG – haben hingegen gar keine Kinder (Bundesagentur für Arbeit 2026a, Tabelle 3.2).⁹ Bei Paarhaushalten ohne Kinder ist der Lohnabstand hingegen auf die Absetzbeträge beschränkt

⁸ Vgl. etwa diesen Video-Blogger ([I'm leaving Germany](#), Brutally Honest Review, z. B. Minute 13:00-13:45, letzter Zugriff: 02.09.2026), der unter Bezug auf das im Vorjahr erschienene Papier (Seils 2025) behauptet, Deutschland verlassen zu haben, weil das Land nur für faule Leute attraktiv sei. Arbeit würde sich aus seiner Sicht insbesondere für Menschen mit Kindern wegen der SGB-II-Leistungen nicht lohnen.

⁹ Eigene Berechnungen auf der Grundlage der oben zitierten Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

und fällt somit minimal aus. Dieser BG-Typ macht jedoch nur rund acht Prozent aller BG aus.

Sind alle Leistungen berücksichtigt?

In vielen Zuschriften an das WSI wurde vermutet, dass das Ergebnis der Modellrechnungen eine Folge „vergessener“ Leistungen bzw. „Extras“ sei – das Einkommen im SGB-II-Bezug also höher ausfallen müsse. Die Rechtsgrundlagen oft genannter Leistungen werden im Folgenden dargestellt und analysiert, welche Wirkung sie auf den Lohnabstand entfalten.

Zunächst einmal sind hier die Mehrbedarfe nach §21 SGB II zu nennen. So besteht für werdende Mütter nach §21 (2) SGB II ein Mehrbedarf nach der zwölften Schwangerschaftswoche bis zum Ende des Monats der Geburt in Höhe von 17 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs. Bei Alleinerziehenden sind dies $0,17 \times 563 = 95,71$ Euro, während es bei Schwangeren innerhalb einer Partnerschaft $0,17 \times 506 = 86,02$ Euro sind.

Der Mehrbedarf für Alleinerziehende (§21 (3) SGB II) mit einem Kind von fünf Jahren in Höhe von 202,68 Euro ist in den obigen Modellrechnungen bereits berücksichtigt. Die Höhe des Mehrbedarfs variiert mit der Zahl und dem Alter der zu betreuenden Kinder. Ist das Kind 14 statt fünf Jahre alt, sinkt der Zahlbetrag auf nur noch 67,56 Euro.

Wie schon zu Zeiten von „Hartz IV“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017, S. 35) können Leistungsberechtigte mit Schwerbehinderungsgrad, die Hilfe für den Einstieg in den Arbeitsmarkt benötigen, einen Mehrbedarf in Höhe von 35 Prozent des Regelbedarfs beantragen (§21 (4) SGB II). Voraussetzung ist das Vorliegen einer Behinderung mit einer daraus folgenden Beeinträchtigung bei der Eingliederung in das Arbeitsleben und eine Maßnahme, die einen Ausgleich der Beeinträchtigung schafft, sodass sich der Einstieg in den Arbeitsmarkt auch für Menschen mit Behinderung lohnt.

Wenn eine kostenaufwändige Ernährung, z. B. aufgrund einer Zöliakie, Mukoviszidose, terminalen Niereninsuffizienz mit Dialysetherapie oder einer sonstigen ärztlich bestätigten Erkrankung (Bundesagentur für Arbeit 2024, S. 7ff.) erforderlich ist, wird auf Antrag¹⁰ ein Mehrbedarf in angemessener Höhe anerkannt (§ 21 (5) SGB II).

Insofern ein Schüler oder eine Schülerin aufgrund schulischer Vorgaben Aufwendungen für Schulmaterialien hat, sind diese nach §21 (6a) SGB II als Mehrbedarf anzuerkennen. Wenngleich dies eine zusätzliche Leistung darstellt, verringert sie den Lohnabstand nicht, weil in diesem Fall auch Haushalte mit niedrigem Einkommen, die keine Grundsicherung, sondern nur Kinderzuschlag oder Wohngeld bezogen haben, diesen Mehrbedarf nach dem SGB II geltend machen können (Bundesagentur für Arbeit 2024, S. 18f.).

Ein weiterer Mehrbedarf wird anerkannt, wenn das Warmwasser (§21 (7) SGB II) dezentral in der Unterkunft erzeugt wird und somit keine Kosten für zentral bereitgestelltes Warmwasser anerkannt werden können. Es handelt sich somit nicht um eine Zusatzleistung, sondern eine technisch bedingte Alternative zur zentralen Warmwassererzeugung, die als Teil der Heizkosten

¹⁰ Vgl. hierzu: [Anlage MEB](#)

(Jobcenter Stadt Remscheid 2024, S. 5) in den obigen Modellrechnungen bereits abgedeckt sind.

Neben den Mehrbedarfen gibt es nach §24 (3) Nr. 1-3 SGB II eine sogenannte abweichende Leistungserbringung für Bedarfe, die nicht vom Regelbedarf umfasst werden und die daher auf Antrag als Beihilfe gesondert erbracht werden (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017, S. 39). Dabei handelt es sich um Erstaussstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, Erstaussstattungen für Schwangerschaft und Geburt beim ersten Kind und die Kosten für orthopädische Schuhe und die Miete für therapeutische Geräte. Auch diese Leistungen können den Lohnabstand nicht schmälern, da sie auch an Erwerbstätige außerhalb des SGB II erbracht werden, wenn diese etwa Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen.

Einmalige Wohnungsbeschaffungskosten (Umzugskosten, Courtage, Kaution), die Übernahme von Mietschulden und sonstige einmalige Kosten (Heizkostennachzahlungen, Instandhaltungs- und Reparaturkosten bei selbst bewohntem Wohneigentum) sind bereits in den Fallbeispielen unter den Kosten der Unterkunft enthalten (Bundesagentur für Arbeit 2026c, Methodische Hinweise). Überdies müssen Umzüge vorab vom Amt genehmigt werden. Außerdem kommt die Kostenübernahme vor allem dann in Betracht, wenn der Umzug vom Jobcenter veranlasst worden ist, um zum Beispiel die Kosten der Unterkunft auf ein angemessenes Niveau zu senken.

Ferner besteht die Möglichkeit nach §28 SGB II Leistungen für Bildung und Teilhabe zu beantragen. Dabei handelt es sich um Zahlungen für die Fahrt zur Schule, den Schulbedarf, die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung und Nachhilfestunden. Darüber hinaus gibt es für Kinder- und Jugendliche eine Pauschale für Vereins-, Kultur- und Freizeitangebote. Obgleich diese Leistungen in vielen Zuschriften kritisiert wurden, haben sie keinerlei Einfluss auf den Lohnabstand, weil sie auch für Kinder und Jugendliche bezogen werden können, für die Kinderzuschlag bezogen wird.

An die Bedingungen des Bildungs- und Teilhabepakets knüpfen zahlreiche regional variierende Angebote („Köln-Pass“ etc.) an, die unmöglich alle in die Berechnungen einbezogen werden können. Soweit sich diese regionalen Angebote aber an den Konditionen des Bildungs- und Teilhabepakets orientieren, können die Leistungen auch von arbeitenden Menschen bezogen werden, die Anspruch auf Wohngeld und Kinderzuschlag oder generell ein niedriges Einkommen haben.¹¹

In manchen Zuschriften wurde auch die seit Jahrzehnten bestehende kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln an junge Menschen unter 22 Jahren im SGB-II-Bezug kritisiert. Dabei handelt es sich jedoch um eine Kassenleistung nach §24a SGB V, zu der die arbeitende Bevölkerung ebenfalls Zugang hat, sodass der Lohnabstand davon unberührt bleibt.

¹¹ Beispiele zum Stand 26. August 2026 sind der Köln-Pass ([Wer bekommt einen Köln-Pass? – Stadt Köln](#)), der Düsseldorfpass ([Düsselpass – Landeshauptstadt Düsseldorf](#)), Frankfurt-Pass ([Frankfurt-Pass – Stadt Frankfurt am Main](#)), München-Pass ([München-Pass – Landeshauptstadt München](#)), Dresden-Pass ([Der Dresden-Pass, ein Sozialpass – viele Möglichkeiten! – Johannstadt.de](#)), HannoverAktivPass ([HannoverAktivPass – Hannover.de](#)), Bremen-Pass ([Bremen-Pass beantragen](#)), Kiel-Pass ([Kiel, Familien-App](#)), Dortmund-Karte ([Dortmund-Karte – dortmund.de](#)), Leipzig-Pass ([Leipzig-Pass – Stadt Leipzig](#)), aber auch das Sozialticket VRR ([SozialTicket - VRR](#)) für den Nahverkehr und die kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln an Menschen über 22 Jahre in Berlin ([Kostenübernahme von Verhütungsmitteln – Berlin.de](#)).

Das Gleiche gilt für die oft monierte kostenlose Krankenversicherung im Rahmen des SGB II. Im Fall von Arbeit werden die Krankenversicherungsbeiträge bei der Ermittlung des verfügbaren Einkommens abgezogen, während sie im Fall des reinen SGB-II-Bezugs gar nicht erst addiert werden.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass die vermeintlichen „Extra-Leistungen“ entweder bereits in die Modellrechnung integriert, quantitativ unbedeutend (z. B. Mehrbedarf bei Schwangerschaft, Spezialernährung, einzelne regionale Leistungen) oder auch arbeitenden Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen.

Sind die Kosten für das Pendeln ausreichend berücksichtigt?

Neben jenen, die vermeintlich vergessene Leistungen monieren, gibt es unter den Zuschriften solche, die die erzielten Nettolöhne im Fall einer Vollzeitbeschäftigung zum Mindestlohn durch Berücksichtigung der Kosten einer Arbeitsaufnahme herunterrechnen möchten. In vielen Zuschriften wurden dazu eigene Berechnungen angestellt, in denen zum Beispiel die Kosten für Arbeitskleidung und vor allem das Pendeln vom Nettolohn abgezogen wurden.

Vorab sei angemerkt, dass die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit tatsächlich mit Kosten verbunden ist. Allerdings ist der Fall einer Vollzeitbeschäftigung zum bundesweiten Mindestlohn eher selten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes entfielen im April 2025 nur gut elf Prozent oder 173.000 der 1.525.000 Beschäftigungsverhältnisse zum Mindestlohn auf Vollzeittätigkeiten.¹² Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse weisen im Allgemeinen einen höheren Stundenlohn auf als Teilzeitbeschäftigungen oder gar Minijobs.

Grundsätzlich gilt, dass alle zur Erbringung der Arbeitsleistung erforderlichen Arbeitsmittel arbeitgeberseitig zu stellen sind. Dazu gehören neben einer entsprechenden Berufsbekleidung auch Schreibtische, Schlüssel, Computer und Schutzausrüstung. Bei Fahrradkurieren und Paketboten zählen etwa Fahrräder, Mobiltelefone und Lieferwagen zu den Arbeitsmitteln. Ausnahmsweise kann jedoch durch den Arbeitsvertrag geregelt sein, dass Arbeitsmittel vom Beschäftigten beschafft werden müssen. In diesem Fall haben sie jedoch Anspruch auf Kompensation.¹³

Gewichtiger erscheint der Einwand, dass mit einer Beschäftigungsaufnahme Pendelkosten verbunden sind. Allerdings erfolgen knapp 70 Prozent der Beschäftigungsaufnahmen aus dem SGB II weniger als 15 Kilometer vom bisherigen Wohnort entfernt (Mense/Wolf 2025, S.15). Während erwerbsfähige Menschen im SGB-II-Bezug zumeist ein niedriges Qualifikationsniveau aufweisen und einfache Tätigkeiten annehmen, werden lange Pendeldistanzen vor allem von Menschen mit hohem Bildungsstand in Kauf genommen. Der Grund besteht darin, dass sie über *spezielle* Kenntnisse verfügen, die nur an *speziellen* Orten nachgefragt werden. Im Unterschied zu einfachen Tätigkeiten, die nur allgemeines Wissen voraussetzen, sind solche komplexen Tätigkeiten typischerweise mit hohem Einkommen verknüpft (Bundesagentur für Arbeit 2019b, S. 19f.; Bundesministerium für Verkehr und digitale

¹² Eigene Berechnungen auf der Grundlage von *Jobs im Mindestlohnbereich*, Destatis, Stand 26. März 2026 (letzter Zugriff: 27.08.2026).

¹³ Vgl. hierzu (*Arbeitsmittel: Definition und Bereitstellung – Arbeitsrecht, § 670 BGB – Einzelnorm*) sowie ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts (5-AZR-334-21.pdf) (letzter Zugriff: 23.06.2026).

Infrastruktur 2017, S. 103ff.). Es ist daher abwegig, einerseits eine Vollzeittätigkeit zum Mindestlohn in Kombination mit langen Pendeldistanzen zu unterstellen und andererseits bei Grundsicherungsbezug Wegekosten (etwa bei Meldepflichten) gänzlich außer Acht zu lassen.

Sind die verwendeten Mieten zu niedrig?

Wie oben bereits dargelegt, stammen die Daten zu den Mieten aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit und sind frei zugänglich.¹⁴ Will man sich nicht auf unbegründete Zweifel an der Statistik der Bundesagentur für Arbeit einlassen, dann bleibt nur, kritische Argumente im Einzelnen zu prüfen. In typischen Zuschriften wird zur Begründung angeführt, dass die aktuellen Angebotsmieten für eine Einzimmerwohnung in ihrer jeweiligen Region deutlich über den in den Modellrechnungen genannten Wert für eine Single-BG liegen. Auch wird behauptet, einen SGB-II-Haushalt zu kennen, der eine weit aus höhere Miete hat. Darüber hinaus wird oftmals ausdrücklich angenommen, dass diese Miete vom Amt vollständig übernommen wird.

Wichtig ist zunächst einmal, dass es sich in den Modellrechnungen um die *anerkannten durchschnittlichen* Kosten der Unterkunft handelt, die der Bildung des Bedarfs der BG zugrunde liegen (Bundesagentur für Arbeit 2019a, S. 6). Erstens implizieren *durchschnittliche* Kosten der Unterkunft, dass ein Teil der Mieten höher (und der andere niedriger) ausfällt als der verwendete Mittelwert. Zweitens zeigt ein Vergleich auf der Grundlage von Daten der Bundesagentur für Arbeit (2026c, Tabelle 2b BG Miete), dass die *tatsächlichen* Mieten im Mittel aller BG im März 2026 gut 20 Euro (3,4 Prozent) höher ausfallen als die in den Modellrechnungen verwendeten *anerkannten* Mietkosten. Da aber die Differenz zwischen anerkannter Miete und tatsächlicher Miete selbst getragen werden muss, hat nur die anerkannte Miete einen Einfluss auf den Lohnabstand. Es ist also korrekt, in den Modellrechnungen auf die anerkannte Miete abzustellen, weil die Miete eben nicht immer vollständig vom Amt übernommen wird.

Einer anderen Meinung zufolge sind die in den Modellrechnungen verwendeten durchschnittlichen Kosten der Unterkunft so niedrig, weil es eine Menge Altverträge unter den SGB-II-Mieten gäbe, die weitaus niedriger seien als die neuen Verträge. Dies entspricht der Alltagserfahrung, wonach Neuvermietungen höhere Quadratmeterpreise aufweisen als Altverträge. Nun mag es generell so sein, dass Altverträge niedriger ausfallen als Neuvermietungen. Für die Frage, ob sich Arbeit lohnt, ist dies aber nur von Bedeutung, wenn die Neuzugänge in das Grundsicherungsgeld viel höhere Mieten haben als der Bestand. Die Prozessdaten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit lassen dazu keine statistisch korrekte und damit veröffentlichungsfähige Auswertung zu. Eine von der Statistik der Bundesagentur freundlicherweise erstellte „ganz grobe“ explorative Analyse lieferte jedoch keinen Hinweis darauf, dass Altverträge die laufenden Wohnkosten wirklich auffällig beeinflussen. Tatsächlich ist dieses Ergebnis außerordentlich plausibel: Unter den Zugängen ins SGB II wiesen im Januar 2026 30,4 Prozent

¹⁴ Die Daten können für alle verfügbaren Monate und Regionen heruntergeladen werden: [Einzelausgaben – Statistik der Bundesagentur für Arbeit](#). Die entsprechenden Kennziffern sind in den Heften jeweils in der „Tabelle 2b BG Miete“ in den Spalten 2,3 und 7 im unteren Teil der Tabelle zu finden.

einen Vorbezug in den letzten drei Monaten und immerhin 42,3 Prozent einen länger zurück liegenden Vorbezug auf. Auch bei den Abgängen aus der Grundsicherung ist ein Wiedersehen nicht unwahrscheinlich: 22,8 Prozent derjenigen, die das Grundsicherungssystem Anfang des Jahres verlassen hatten (Bundesagentur für Arbeit 2026b, Tabelle 1.6), kehrten binnen drei Monaten zurück. Darüber hinaus erfolgen Beschäftigungsaufnahmen aus dem SGB II zumeist in Berufe mit niedrigen Qualifikationsanforderungen und geringer Beschäftigungsdauer (Braunschweig et al. 2026). Die Aussicht auf eine attraktive, aber teure Wohnung sollte daher für Menschen mit hohem SGB-II-Risiko beschränkt sein. Es gibt also keinen Anlass anzunehmen, dass die in den Modellrechnungen verwendeten durchschnittlichen Kosten der Unterkunft durch Ausreißer verzerrt sind. Es gibt demzufolge keinen Anlass, an den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu zweifeln.

Anhand einiger Beispiele lassen sich darüber hinaus die Faktoren dokumentieren, deren unterschiedliche Kombinationen die für viele überraschend niedrigen durchschnittlichen Mieten möglich machen: Eine wichtige aber schwindende Rolle dürfte hier der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau spielen (SVR 2024, S. 235). So betrug die durchschnittliche Kaltmiete bei der „Münchener Wohnen“ zum Stand Ende 2025 nur 8,16 Euro pro Quadratmeter (Münchener Wohnen 2026), während die durchschnittlichen tatsächlichen Kosten der Unterkunft (kalt) in der Landeshauptstadt im März 2026 bei 17,45 Euro pro Quadratmeter lagen (Bundesagentur für Arbeit 2026d, Tabelle 2b). Zweitens erlaubt die für Großwohnsiedlungen typische Geschossbauweise in Kombination mit einer städtischen Randlage Einsparungen beim Baugrund.¹⁵ Schließlich sind die Lagen und die Wohnungen häufig wenig attraktiv, was hohen Mieten ebenfalls nicht förderlich ist (Fritzsche/Kluge 2014, S. 5).¹⁶

Schließlich förderte eine Ende August 2026 für Köln (Mietstufe 6) vorgenommene Online-Recherche einige Wohnungsangebote für die drei Haushaltstypen zutage, die preislich zu den Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit passen. Wenngleich die für viele Menschen so überraschend niedrigen Zahlen der Bundesagentur zu den Kosten der Unterkunft also durchaus „realistisch“ sind, bedeutet dies keineswegs, dass die Wohnungssuche im SGB-II-Bezug einfach wäre. So weist die Landeshauptstadt München daraufhin, dass von den 4.977 Menschen, die im Rahmen der Soforthilfe von der Stadt untergebracht worden sind, rund 90 Prozent Leistungen nach dem SGB II erhalten (Landeshauptstadt München 2026, S. 10).

¹⁵ Als Beispiele zum Stand 10.09.2026 seien die Kölner Stadtteile Chorweiler (Stadtteilrundgang - BLUMENBERG-CHORWEILER-SEE-BERG-NORD; Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord - Stadt Köln) das Göringer-Zentrum (Sozialraum Bocklemünd/Mengenich - Stadt Köln; Böttlernde Jugendliche in Köln: Wie unsicher ist das Göringer-Zentrum? | Kölner Stadt-Anzeiger) und Finkenbergl (Finkenbergl - Stadt Köln) angeführt. Ähnliche Viertel lassen sich zum gleichen Stand auch in anderen (Groß-)städten wie etwa Düsseldorf (Unser Garath – vielfältig, nachbarschaftlich, engagiert) leicht ausfindig machen. Die genannten Stadtteile liegen alle am Stadtrand.

¹⁶ Die entsprechenden Häuser und Viertel sind in den jeweiligen Städten bekannt. In Köln ist etwa der auf dem Land gelegene „Kölnerberg“ berüchtigt: Kölner Problemviertel soll sauberer und sicherer werden und Die Hochhäuser von Kölnerberg – Leben auf 26 Etagen (letzter Zugriff: 01.09.2026). Auch Duisburg-Marxloh: Duisburg-Marxloh: Eine Siedlung unter Zwangsverwaltung - Lokalzeit aus Duisburg - Sendungen A-Z - Video - ARD Mediathek; (letzter Zugriff: 10.09.2026) hat es zu bundesweiter Bekanntheit gebracht.

Fazit

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich Arbeit unabhängig von der Haushaltskonstellation in allen Regionen Deutschlands auch 2026 immer lohnt. Selbst Arbeit zum Mindestlohn ist immer mit einem höheren verfügbaren Einkommen verbunden als der reine SGB-II-Bezug. Dieses schon im vergangenen Jahr wenig überraschende Ergebnis löste bei vielen Menschen Zweifel und Widerspruch aus. Die angeführten Argumente halten einer Überprüfung jedoch nicht stand. Überdies zeigen die Berechnungen, dass Sozialleistungen wie das Wohngeld und der Unterhaltsvorschuss, die Menschen zugutekommen, die nicht im SGB-II-Bezug stehen, zum Lohnabstand beitragen. Kürzungen bei diesen Leistungen lassen einen Rückgang des Lohnabstandes erwarten.

Literatur

Bähr, S./Mense, A./Wolf, K. (2025): Kosten der Unterkunft im Bürgergeld. Erste Befunde zur „Karenzzeit Wohnen“ zeigen bestenfalls ein gemischtes Bild, IAB-Forum vom 03.04.2025, Nürnberg, <https://www.iab-forum.de/kosten-der-unterkunft-im-buergergeld-erste-befunde-zur-karenzzeit-wohnen-zeigen-bestenfalls-ein-gemischtes-bild/>

Braunschweig, L./Bruckmeier, K./Buhmann, M./Hohmeyer, K./Roth, D. (2026): Beschäftigungsaufnahmen aus dem SGB-II-Leistungsbezug und ihre Nachhaltigkeit. Qualifikation und Berufserfahrung zahlen sich aus. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Forschungsbericht 04/2026, Nürnberg, <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2026/fb0426.pdf>

Bundesregierung (2026): Gesetz in Kraft: Neue Grundsicherung löst Bürgergeld ab, 01.07.2026

Bundesagentur für Arbeit (2019a): Interpretationshinweise zu den Kosten der Unterkunft im SGB II, Grundlagen: Hintergrundinfo, Juli 2019, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Generische-Publikationen/Hintergrundinfo-Interpretationshinweise-Kosten-der-Unterkunft.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Bundesagentur für Arbeit (2019b): Regionale Mobilität von Arbeitslosen bei der Beschäftigungsaufnahme, Grundlagen Methodenbericht März 2019, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Regionale-Mobilitaet.pdf?__blob=publicationFile

Bundesagentur für Arbeit (2024): Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II Fachliche Weisungen § 21 SGB II Mehrbedarfe, Nürnberg, https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba015861.pdf

Bundesagentur für Arbeit (2026a): Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder (Monatszahlen). Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202604/iiia7/gs-asu-sgbii-rev/gs-asu-sgbii-rev-dwolk-0-202604-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=1

Bundesagentur für Arbeit (2026b): Grundsicherung für Arbeitsuchende. Deutschland - Mai 2026, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/analyse/analyse-d-grundsicherung-arbeitsuchende/analyse-d-grundsicherung-arbeitsuchende-d-0-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=1

Bundesagentur für Arbeit (2026c): Wohn- und Kostensituation SGB II (Monatszahlen). Deutschland November 2025, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202511/iiia7/kdu-kdu/kdu-d-0-202511-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=1

Bundesagentur für Arbeit (2026d): Wohn- und Kostensituation SGB II (Monatszahlen). Kreis München, Landeshauptstadt März 2026, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202603/iiia7/kdu-kdu/kdu-09162-0-202603-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=1

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Übersicht über das Sozialrecht. Ausgabe 2017/2018, Nürnberg

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017): Mobilität in Deutschland. Ergebnisbericht, Bonn, https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/mid-ergebnisbericht.pdf?__blob=publicationFile

Familienkasse Direktion (2022): Durchführungsanweisung Kinderzuschlag (DA-KiZ), Nürnberg

Fritzsche, C./Kluge, J. (2014): Wodurch werden Mietpreise bestimmt?, in: ifo dresden berichtet 21 (6), S. 3–10

Jobcenter Stadt Remscheid (2024): KdU-Richtlinien Heizkosten und dezentrale Warmwasserversorgung, Remscheid, https://www.jobcenter-remscheid.de/aktuelle-weisungen.html?file=files/jobcenter-remscheid/download-weisungen-kosten-der-unterkunft/250101_KdU_Richtlinien_Heizkosten_Remscheid_mit-Anlagen_ab_01.01.2025.pdf&cid=4660#:~:text=II.2.,-zentrale%20Warmwassererzeugung&text=Die%20Kosten%20f%C3%BCr%20die%20zentrale,gel-tend%20und%20glaubhaft%20gemacht%20wird

Knoche, T. (2023): WoGG. Das neue Wohngeldrecht. Leitfaden für Beratung, Betreuung und Fallbearbeitung in der sozialen Praxis. Mit WoGG und WoGV, Regensburg

Landeshauptstadt München (2026): Neue Grundsicherung: „Mietobergrenzen sind existenzbedrohend“, muenchen.de vom 13.05.2026, <https://ru.muenchen.de/2026/90/Neue-Grundsicherung-Mietobergrenzen-sind-existenzbedrohend-124254>

Mense, A./Wolf, K. (2025): Beschäftigungsaufnahmen von Personen in der Grundsicherung. Entfernung zwischen bisherigem Wohnort und Arbeitsort. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Forschungsbericht 16/2025, Nürnberg, <https://iab.de/publikationen/publikation/?id=14977479>

Münchner Wohnen (2026): Kennzahlen 2025, München, https://berichte.muenchner-wohnen.de/_Resources/Persis-tent/e/6/4/4/e64477a1a1a9e136e4f5a5ea9db7079bb389a94e/260626-MW-Kennzahlen-2025-barrierearm.pdf

SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung): Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren. Jahresgutachten 2024/2025, Wiesbaden

Seils, E. (2025): Lohnt sich Arbeit in Deutschland noch? Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 90, Düsseldorf

Steffen, J. (2022): Das Narrativ von der nicht lohnenden Arbeit. Daten und Erläuterungen vor dem Hintergrund des geplanten Bürgergeld-Gesetzes, Oktober 2022, Berlin, http://www.portal-sozialpolitik.de/index.php?page=narrativ_nicht_lohnende_arbeit

tagesschau.de (2026): Rundfunkbeitrag soll um 28 Cent steigen, 20.02.2026

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarktstatus, 2026

Angaben in Euro

Region		Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand	Verfügbares Einkommen mit Arbeit	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit	Lohn-abstand
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1000	Deutschland	1.653	1.030	623	2.564	1.806	757	3.535	2.785	749
	Westdeutschland	1.653	1.045	609	2.580	1.829	751	3.557	2.813	744
	Schleswig-Holstein	1.653	1.040	614	2.566	1.812	754	3.538	2.798	739
	Flensburg, Stadt	1.653	1.038	616	2.530	1.770	760	3.483	2.729	754
1002	Kiel, Landeshauptstadt	1.653	1.034	619	2.554	1.802	753	3.509	2.763	746
1003	Lübeck, Hansestadt	1.653	1.049	604	2.569	1.815	754	3.500	2.741	759
1004	Neumünster, Stadt	1.653	993	661	2.507	1.742	764	3.465	2.692	772
1051	Dithmarschen	1.653	1.011	642	2.492	1.731	761	3.448	2.680	767
1053	Herzogtum Lauenburg	1.653	1.042	611	2.576	1.825	752	3.552	2.823	728
1054	Nordfriesland	1.653	1.035	618	2.538	1.788	751	3.504	2.796	708
1055	Ostholstein	1.653	1.023	630	2.553	1.789	764	3.559	2.819	740
1056	Pinneberg	1.653	1.107	546	2.642	1.902	740	3.635	2.916	718
1057	Plön	1.653	1.030	623	2.577	1.826	750	3.547	2.807	740
1058	Rendsburg-Eckernförde	1.653	987	666	2.517	1.752	765	3.497	2.747	750
1059	Schleswig-Flensburg	1.653	996	657	2.507	1.775	732	3.448	2.740	707
1060	Segeberg	1.653	1.070	583	2.622	1.882	740	3.626	2.922	704
1061	Steinburg	1.653	1.000	653	2.520	1.759	761	3.453	2.686	767
1062	Stormarn	1.653	1.109	544	2.661	1.923	738	3.669	2.970	698
2000	Hamburg	1.653	1.133	521	2.688	1.978	710	3.752	3.119	633
2000	Hamburg, Hansestadt	1.653	1.133	521	2.688	1.978	710	3.752	3.119	633
3000	Niedersachsen	1.653	1.021	632	2.539	1.790	749	3.504	2.753	750
3101	Braunschweig, Stadt	1.653	1.067	586	2.604	1.866	739	3.538	2.818	720
3102	Salzgitter, Stadt	1.653	990	663	2.491	1.727	764	3.411	2.639	771
3103	Wolfsburg, Stadt	1.653	1.040	613	2.572	1.811	760	3.511	2.735	775
3151	Gifhorn	1.653	1.009	644	2.507	1.776	731	3.448	2.710	738
3153	Goslar	1.653	1.009	644	2.511	1.756	755	3.447	2.697	749
3154	Helmstedt	1.653	1.023	630	2.493	1.734	759	3.448	2.666	782
3155	Northeim	1.653	965	688	2.481	1.700	781	3.434	2.636	798
3157	Peine	1.653	1.012	641	2.549	1.817	731	3.504	2.850	653
3158	Wolfenbüttel	1.653	998	655	2.532	1.768	763	3.504	2.756	747
3159	Göttingen	1.653	1.013	641	2.533	1.773	760	3.488	2.731	756
3241	Region Hannover	1.653	1.044	609	2.578	1.823	755	3.534	2.785	748
3251	Diepholz	1.653	991	663	2.528	1.761	767	3.479	2.704	775
3252	Hameln-Pyrmont	1.653	992	661	2.504	1.766	738	3.426	2.651	774
3254	Hildesheim	1.653	1.001	652	2.517	1.750	767	3.480	2.716	764
3255	Holzminde	1.653	961	692	2.458	1.673	784	3.392	2.587	804
3256	Nienburg (Weser)	1.653	987	666	2.502	1.760	741	3.448	2.749	699
3257	Schaumburg	1.653	991	662	2.519	1.752	767	3.454	2.685	769
3351	Celle	1.653	1.012	641	2.530	1.764	766	3.475	2.693	782
3352	Cuxhaven	1.653	993	661	2.518	1.754	764	3.466	2.695	771
3353	Harburg	1.653	1.086	567	2.636	1.900	736	3.626	2.922	704
3354	Lüchow-Dannenberg	1.653	955	698	2.456	1.669	787	3.390	2.566	823
3355	Lüneburg	1.653	1.043	610	2.580	1.831	749	3.555	2.834	720
3356	Osterholz	1.653	1.003	650	2.533	1.772	761	3.504	2.790	713
3357	Rotenburg (Wümme)	1.653	975	678	2.500	1.754	746	3.448	2.726	721
3358	Heidekreis	1.653	981	672	2.512	1.790	722	3.448	2.709	739
3359	Stade	1.653	1.049	604	2.587	1.850	737	3.561	2.844	716
3360	Uelzen	1.653	992	661	2.487	1.717	770	3.448	2.684	764
3361	Verden	1.653	986	667	2.531	1.768	764	3.493	2.725	768
3401	Delmenhorst, Stadt	1.653	1.042	611	2.561	1.814	748	3.485	2.731	754
3402	Emden, Stadt	1.653	1.017	636	2.510	1.749	761	3.437	2.669	768
3403	Oldenburg, Stadt	1.653	1.091	562	2.630	1.891	739	3.601	2.890	711
3404	Osnabrück, Stadt	1.653	1.071	582	2.610	1.871	739	3.559	2.833	726
3405	Wilhelmshaven, Stadt	1.653	1.016	637	2.503	1.745	759	3.435	2.682	752

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarktstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohnabstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohnabstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohnabstand 9
3451	Ammerland	1.653	1.006	647	2.554	1.834	721	3.504	2.834	669
3452	Aurich	1.653	1.026	627	2.505	1.770	735	3.448	2.737	710
3453	Cloppenburg	1.653	1.008	645	2.513	1.791	721	3.448	2.701	746
3454	Emsland	1.653	963	690	2.493	1.734	759	3.448	2.673	774
3455	Friesland	1.653	1.004	649	2.510	1.784	726	3.448	2.713	734
3456	Grafschaft Bentheim	1.653	997	656	2.527	1.757	770	3.503	2.737	766
3457	Leer	1.653	965	689	2.469	1.691	778	3.448	2.707	740
3458	Oldenburg	1.653	975	678	2.535	1.779	756	3.503	2.787	715
3459	Osnabrück	1.653	999	654	2.501	1.759	743	3.448	2.707	741
3460	Vechta	1.653	990	663	2.514	1.795	719	3.448	2.787	661
3461	Wesermarsch	1.653	988	665	2.499	1.751	748	3.448	2.713	734
3462	Wittmund	1.653	1.020	633	2.511	1.788	724	3.448	2.773	675
4000	Bremen	1.653	1.057	596	2.569	1.813	756	3.510	2.749	761
4011	Bremen, Stadt	1.653	1.076	577	2.591	1.840	752	3.529	2.774	755
4012	Bremerhaven, Stadt	1.653	984	669	2.492	1.719	772	3.437	2.649	787
5000	Nordrhein-Westfalen	1.653	1.023	630	2.560	1.803	757	3.518	2.763	755
5111	Düsseldorf, Stadt	1.653	1.069	585	2.611	1.861	750	3.613	2.883	729
5112	Duisburg, Stadt	1.653	999	654	2.508	1.737	771	3.438	2.646	792
5113	Essen, Stadt	1.653	1.032	621	2.574	1.825	749	3.526	2.779	746
5114	Krefeld, Stadt	1.653	1.028	625	2.578	1.828	750	3.527	2.782	745
5116	Mönchengladbach, Stadt	1.653	1.046	607	2.584	1.840	743	3.540	2.807	732
5117	Mülheim (Ruhr), Stadt	1.653	1.001	652	2.545	1.782	762	3.505	2.742	762
5119	Oberhausen, Stadt	1.653	994	659	2.514	1.746	768	3.456	2.676	779
5120	Remscheid, Stadt	1.653	977	677	2.502	1.725	777	3.467	2.685	781
5122	Solingen, Klingenstadt	1.653	1.027	626	2.579	1.827	752	3.557	2.821	735
5124	Wuppertal, Stadt	1.653	1.006	647	2.539	1.780	759	3.501	2.748	752
5154	Kleve	1.653	965	688	2.526	1.753	774	3.504	2.725	779
5158	Mettmann	1.653	1.051	602	2.622	1.878	745	3.583	2.853	730
5162	Rhein-Kreis Neuss	1.653	1.064	589	2.620	1.873	747	3.582	2.844	738
5166	Viersen	1.653	1.015	638	2.551	1.794	758	3.538	2.787	750
5170	Wesel	1.653	983	670	2.510	1.736	773	3.468	2.685	782
5314	Bonn, Stadt	1.653	1.055	598	2.628	1.882	746	3.605	2.884	720
5315	Köln, Stadt	1.653	1.130	523	2.668	1.936	732	3.618	2.895	723
5316	Leverkusen, Stadt	1.653	1.056	598	2.612	1.860	751	3.564	2.803	761
5334	Städteregion Aachen	1.653	1.018	635	2.540	1.776	764	3.507	2.743	764
5358	Düren	1.653	970	683	2.515	1.741	774	3.475	2.698	777
5362	Rhein-Erft-Kreis	1.653	1.059	594	2.620	1.871	749	3.608	2.878	730
5366	Euskirchen	1.653	993	660	2.529	1.760	769	3.486	2.704	782
5370	Heinsberg	1.653	983	670	2.498	1.720	778	3.465	2.676	789
5374	Oberbergischer Kreis	1.653	964	689	2.500	1.722	778	3.472	2.690	782
5378	Rheinisch-Bergischer Kreis	1.653	1.066	587	2.637	1.901	736	3.626	2.919	706
5382	Rhein-Sieg-Kreis	1.653	1.053	600	2.592	1.864	728	3.561	2.870	691
5512	Bottrop, Stadt	1.653	986	667	2.518	1.747	771	3.466	2.674	792
5513	Gelsenkirchen, Stadt	1.653	994	659	2.509	1.745	763	3.435	2.658	777
5515	Münster, Stadt	1.653	1.126	527	2.647	1.931	716	3.609	2.923	686
5554	Borken	1.653	967	686	2.516	1.739	778	3.497	2.727	770
5558	Coesfeld	1.653	970	683	2.536	1.780	756	3.504	2.790	714
5562	Recklinghausen	1.653	1.013	640	2.538	1.786	752	3.498	2.747	750
5566	Steinfurt	1.653	965	688	2.528	1.759	770	3.504	2.755	749
5570	Warendorf	1.653	968	686	2.513	1.738	775	3.481	2.702	779
5711	Bielefeld, Stadt	1.653	1.034	619	2.584	1.843	742	3.533	2.786	746
5754	Gütersloh	1.653	991	662	2.540	1.793	747	3.504	2.816	687
5758	Herford	1.653	982	671	2.516	1.743	773	3.504	2.755	748
5762	Höxter	1.653	919	735	2.442	1.648	794	3.396	2.580	816

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarktstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohn- abstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohn- abstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohn- abstand 9
5766	Lippe	1.653	975	678	2.501	1.731	769	3.461	2.691	770
5770	Minden-Lübbecke	1.653	980	673	2.492	1.732	760	3.448	2.725	722
5774	Paderborn	1.653	967	687	2.528	1.757	771	3.489	2.699	789
5911	Bochum, Stadt	1.653	1.006	647	2.533	1.768	766	3.488	2.721	767
5913	Dortmund, Stadt	1.653	1.065	588	2.592	1.864	728	3.531	2.802	729
5914	Hagen, Stadt der FernUni	1.653	973	680	2.487	1.709	778	3.429	2.629	800
5915	Hamm, Stadt	1.653	1.005	648	2.521	1.762	760	3.440	2.664	775
5916	Herne, Stadt	1.653	1.011	642	2.523	1.761	762	3.461	2.691	770
5954	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.653	1.013	640	2.539	1.790	749	3.496	2.765	731
5958	Hochsauerlandkreis	1.653	928	725	2.461	1.678	784	3.431	2.646	785
5962	Märkischer Kreis	1.653	970	683	2.491	1.725	766	3.440	2.673	766
5966	Olpe	1.653	956	697	2.490	1.711	779	3.483	2.711	771
5970	Siegen-Wittgenstein	1.653	997	656	2.524	1.758	766	3.491	2.728	762
5974	Soest	1.653	983	671	2.509	1.740	769	3.470	2.695	774
5978	Unna	1.653	990	664	2.511	1.746	765	3.466	2.693	773
6000	Hessen	1.653	1.076	577	2.615	1.868	747	3.600	2.872	728
6411	Darmstadt, Stadt	1.664	1.164	500	2.697	2.031	666	3.648	2.982	666
6412	Frankfurt am Main, Stadt	1.667	1.152	515	2.647	1.902	745	3.606	2.849	757
6413	Offenbach am Main, Stadt	1.653	1.062	592	2.604	1.856	748	3.611	2.894	717
6414	Wiesbaden, Landeshauptstadt	1.653	1.140	513	2.673	1.963	710	3.634	2.942	691
6415	Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	1.653	1.104	549	2.657	1.938	719	3.667	2.975	692
6431	Bergstraße	1.653	1.050	603	2.588	1.853	735	3.561	2.852	709
6432	Darmstadt-Dieburg	1.653	1.082	571	2.637	1.903	734	3.605	2.881	724
6433	Groß-Gerau	1.653	1.094	559	2.670	1.928	742	3.688	2.979	709
6434	Hochtaunuskreis	1.653	1.087	566	2.625	1.885	740	3.633	2.931	702
6435	Main-Kinzig-Kreis	1.653	1.055	598	2.574	1.890	684	3.504	3.012	492
6436	Main-Taunus-Kreis	1.653	1.103	550	2.689	1.975	714	3.752	3.125	627
6437	Odenwaldkreis	1.653	1.026	627	2.557	1.840	716	3.504	2.801	703
6438	Offenbach	1.653	1.102	551	2.675	1.977	698	3.689	3.029	660
6439	Rheingau-Taunus-Kreis	1.653	1.072	581	2.614	1.876	738	3.609	2.900	708
6440	Wetteraukreis	1.653	1.067	586	2.575	1.814	760	3.555	2.794	761
6531	Gießen	1.653	1.058	595	2.579	1.828	751	3.559	2.796	762
6532	Lahn-Dill-Kreis	1.653	1.039	614	2.557	1.841	716	3.504	2.849	654
6533	Limburg-Weilburg	1.653	1.036	617	2.516	1.801	715	3.448	2.800	648
6534	Marburg-Biedenkopf	1.653	1.024	629	2.548	1.815	733	3.504	2.784	720
6535	Vogelsbergkreis	1.653	975	679	2.496	1.743	753	3.448	2.782	665
6611	Kassel, documenta-Stadt	1.653	1.016	637	2.528	1.757	771	3.471	2.695	776
6631	Fulda	1.653	1.003	650	2.507	1.774	733	3.448	2.757	690
6632	Hersfeld-Rotenburg	1.653	970	683	2.496	1.744	752	3.448	2.736	712
6633	Kassel	1.653	993	660	2.500	1.755	745	3.448	2.715	733
6634	Schwalm-Eder-Kreis	1.653	961	692	2.486	1.716	771	3.448	2.653	795
6635	Waldeck-Frankenberg	1.653	980	673	2.486	1.713	772	3.448	2.683	765
6636	Werra-Meißner-Kreis	1.653	958	695	2.455	1.668	787	3.408	2.594	814
7000	Rheinland-Pfalz	1.653	1.014	639	2.533	1.771	761	3.504	2.745	759
7111	Koblenz, kreisfreie Stadt	1.653	1.038	615	2.562	1.794	768	3.495	2.700	795
7131	Ahrweiler	1.653	1.032	621	2.535	1.779	757	3.504	2.762	742
7132	Altenkirchen (Westerwald)	1.653	980	673	2.487	1.718	769	3.448	2.668	779
7133	Bad Kreuznach	1.653	989	664	2.506	1.732	774	3.474	2.697	776
7134	Birkenfeld	1.653	965	689	2.477	1.696	782	3.435	2.637	797
7135	Cochem-Zell	1.653	947	706	2.479	1.695	784	3.397	2.574	822
7137	Mayen-Koblenz	1.653	991	662	2.500	1.755	745	3.448	2.699	749
7138	Neuwied	1.653	976	677	2.493	1.735	758	3.448	2.670	778
7140	Rhein-Hunsrück-Kreis	1.653	986	667	2.489	1.723	766	3.448	2.667	781
7141	Rhein-Lahn-Kreis	1.653	979	674	2.481	1.699	782	3.448	2.664	784

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarkstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohn- abstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohn- abstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohn- abstand 9
7143	Westerwaldkreis	1.653	988	665	2.486	1.714	772	3.448	2.661	787
7211	Trier, kreisfreie Stadt	1.653	1.062	591	2.591	1.861	730	3.561	2.818	743
7231	Bernkastel-Wittlich	1.653	985	668	2.485	1.710	774	3.448	2.689	759
7232	Eifelkreis Bitburg-Prüm	1.653	992	661	2.498	1.750	748	3.448	2.704	743
7233	Vulkaneifel	1.653	997	656	2.493	1.735	758	3.448	2.754	693
7235	Trier-Saarburg	1.653	1.000	653	2.503	1.763	740	3.448	2.742	705
7311	Frankenthal (Pfalz), Stadt	1.653	1.039	614	2.579	1.826	753	3.544	2.786	758
7312	Kaiserslautern, Stadt	1.653	1.001	652	2.524	1.747	778	3.480	2.699	780
7313	Landau in der Pfalz, Stadt	1.653	1.057	596	2.582	1.836	746	3.561	2.834	727
7314	Ludwigshafen am Rhein	1.653	1.032	621	2.557	1.787	770	3.554	2.793	760
7315	Mainz, kreisfreie Stadt	1.653	1.089	564	2.651	1.904	746	3.625	2.895	729
7316	Neustadt an d. Weinstraße	1.653	1.037	616	2.572	1.806	766	3.530	2.749	781
7317	Pirmasens, kreisfreie Stadt	1.653	927	726	2.429	1.639	790	3.365	2.543	821
7318	Speyer, kreisfreie Stadt	1.653	1.025	629	2.534	1.769	765	3.496	2.718	777
7319	Worms, kreisfreie Stadt	1.653	1.011	642	2.533	1.763	770	3.499	2.730	768
7320	Zweibrücken, Stadt	1.653	960	694	2.496	1.742	753	3.434	2.651	783
7331	Alzey-Worms	1.653	1.035	618	2.547	1.814	734	3.504	2.792	711
7332	Bad Dürkheim	1.653	1.033	620	2.545	1.807	738	3.504	2.779	725
7333	Donnersbergkreis	1.653	968	685	2.499	1.752	747	3.448	2.702	745
7334	Germersheim	1.653	1.026	627	2.548	1.815	733	3.504	2.798	706
7335	Kaiserslautern	1.653	989	664	2.496	1.743	753	3.448	2.698	750
7336	Kusel	1.653	968	685	2.483	1.707	777	3.448	2.670	777
7337	Südliche Weinstraße	1.653	1.023	630	2.520	1.749	771	3.504	2.777	727
7338	Rhein-Pfalz-Kreis	1.653	1.023	630	2.548	1.778	770	3.556	2.792	764
7339	Mainz-Bingen	1.653	1.075	578	2.596	1.877	720	3.561	2.922	639
7340	Südwestpfalz	1.653	932	721	2.457	1.660	797	3.441	2.614	827
8000	Baden-Württemberg	1.653	1.067	586	2.596	1.876	720	3.561	2.907	653
8111	Stuttgart, Landeshauptstadt	1.653	1.129	524	2.690	1.975	715	3.717	3.031	685
8115	Böblingen	1.653	1.090	563	2.675	1.937	738	3.689	3.050	639
8116	Esslingen	1.653	1.115	539	2.671	1.937	734	3.679	2.978	701
8117	Göppingen	1.653	1.045	608	2.574	1.814	761	3.561	2.820	741
8118	Ludwigsburg	1.653	1.105	548	2.675	2.038	637	3.689	3.214	474
8119	Rems-Murr-Kreis	1.653	1.094	559	2.645	1.926	719	3.626	2.981	645
8121	Heilbronn, Uni-Stadt	1.653	1.062	592	2.609	1.859	750	3.613	2.891	721
8125	Heilbronn	1.653	1.047	606	2.585	1.845	740	3.561	2.859	701
8126	Hohenlohekreis	1.653	1.010	643	2.547	1.812	735	3.504	2.844	660
8127	Schwäbisch Hall	1.653	1.018	635	2.552	1.826	726	3.504	2.837	667
8128	Main-Tauber-Kreis	1.653	1.000	654	2.526	1.752	774	3.497	2.732	765
8135	Heidenheim	1.653	1.034	619	2.579	1.832	747	3.551	2.824	727
8136	Ostalbkreis	1.653	1.048	605	2.586	1.847	739	3.561	2.861	700
8211	Baden-Baden, Stadt	1.653	1.111	542	2.629	1.878	750	3.606	2.875	730
8212	Karlsruhe, Stadt	1.653	1.095	558	2.631	1.889	743	3.600	2.879	721
8215	Karlsruhe	1.653	1.060	593	2.594	1.871	723	3.561	2.892	668
8216	Rastatt	1.653	1.010	643	2.575	1.815	760	3.561	2.900	660
8221	Heidelberg, Stadt	1.653	1.070	583	2.634	1.891	743	3.630	2.917	712
8222	Mannheim, Uni-Stadt	1.653	1.084	570	2.639	1.885	754	3.614	2.864	749
8225	Neckar-Odenwald-Kreis	1.653	981	672	2.494	1.736	757	3.448	2.696	752
8226	Rhein-Neckar-Kreis	1.653	1.045	608	2.584	1.843	742	3.561	2.879	681
8231	Pforzheim, Stadt	1.653	1.047	606	2.595	1.846	749	3.561	2.812	748
8235	Calw	1.653	995	659	2.556	1.764	792	3.535	2.710	824
8236	Enzkreis	1.653	999	654	2.567	1.792	775	3.561	2.874	686
8237	Freudenstadt	1.653	1.043	611	2.536	1.781	755	3.495	2.746	748
8311	Freiburg im Breisgau, Stadt	1.653	1.076	577	2.636	1.873	763	3.659	2.909	749
8315	Breisgau-Hochschwarzwald	1.653	1.074	579	2.635	1.897	738	3.626	2.949	677

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarkstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohnabstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohnabstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohnabstand 9
8316	Emmendingen	1.653	1.028	625	2.584	1.842	742	3.561	2.890	670
8317	Ortenaukreis	1.653	1.027	626	2.547	1.813	734	3.504	2.812	691
8325	Rottweil	1.653	974	679	2.518	1.728	790	3.477	2.637	840
8326	Schwarzwald-Baar-Kreis	1.653	1.019	634	2.538	1.786	752	3.504	2.781	722
8327	Tuttlingen	1.653	998	655	2.569	1.798	771	3.561	2.794	766
8335	Konstanz	1.653	1.064	589	2.624	1.865	759	3.626	2.885	741
8336	Lörrach	1.653	1.091	562	2.639	1.909	730	3.626	2.903	722
8337	Waldshut	1.653	1.038	615	2.552	1.826	726	3.504	2.828	676
8415	Reutlingen	1.653	1.060	594	2.617	1.879	738	3.611	2.904	706
8416	Tübingen	1.653	1.093	560	2.671	1.919	752	3.682	2.935	747
8417	Zollernalbkreis	1.653	987	666	2.527	1.754	773	3.504	2.718	785
8421	Ulm, Universitätsstadt	1.653	1.047	606	2.613	1.861	752	3.597	2.834	762
8425	Alb-Donau-Kreis	1.653	1.010	643	2.576	1.818	758	3.561	2.782	779
8426	Biberach	1.653	1.039	614	2.551	1.823	727	3.504	2.843	661
8435	Bodenseekreis	1.653	1.095	558	2.635	1.896	739	3.626	3.037	589
8436	Ravensburg	1.653	1.050	603	2.609	1.914	695	3.561	2.976	585
8437	Sigmaringen	1.653	985	668	2.502	1.760	742	3.448	2.744	704
9000	Bayern	1.653	1.074	579	2.588	1.854	735	3.561	2.851	710
9161	Ingolstadt, Stadt	1.653	1.075	578	2.621	1.883	738	3.618	2.898	720
9162	München, Landeshauptstadt	1.680	1.214	466	2.706	2.033	673	3.766	3.129	636
9163	Rosenheim, Stadt	1.653	1.090	563	2.619	1.873	746	3.604	2.882	722
9171	Altötting	1.653	1.026	627	2.509	1.780	729	3.448	2.746	702
9172	Berchtesgadener Land	1.653	1.068	585	2.605	1.903	702	3.561	2.989	572
9173	Bad Tölz-Wolfratshausen	1.664	1.137	527	2.647	2.013	633	3.626	3.021	605
9174	Dachau	1.681	1.213	468	2.706	2.019	687	3.752	3.122	629
9175	Ebersberg	1.669	1.151	518	2.706	1.992	714	3.752	3.075	677
9176	Eichstätt	1.653	1.057	596	2.588	1.854	734	3.554	2.797	756
9177	Erding	1.653	1.142	512	2.647	2.020	626	3.626	2.978	648
9178	Freising	1.653	1.148	505	2.676	1.947	729	3.682	2.982	700
9179	Fürstenfeldbruck	1.687	1.208	479	2.738	2.053	684	3.807	3.133	674
9180	Garmisch-Partenkirchen	1.653	1.101	552	2.662	1.911	751	3.672	2.960	712
9181	Landsberg am Lech	1.653	1.133	521	2.647	1.938	708	3.626	2.912	714
9182	Miesbach	1.664	1.139	525	2.647	2.012	635	3.626	2.972	654
9183	Mühldorf a.Inn	1.653	1.028	625	2.548	1.815	733	3.496	2.728	768
9184	München	1.710	1.306	404	2.741	2.166	575	3.826	3.209	616
9185	Neuburg-Schrobenhausen	1.653	1.044	609	2.577	1.821	756	3.561	2.896	665
9186	Pfaffenhofen a.d.Ilm	1.653	1.099	554	2.600	1.887	713	3.561	2.863	698
9187	Rosenheim	1.653	1.091	562	2.641	1.914	727	3.626	2.944	682
9188	Starnberg	1.671	1.184	487	2.706	2.021	685	3.752	3.247	504
9189	Traunstein	1.653	1.035	618	2.549	1.817	732	3.504	2.863	640
9190	Weilheim-Schongau	1.653	1.072	581	2.603	1.849	754	3.604	2.878	725
9261	Landshut, Stadt	1.653	1.073	580	2.590	1.840	751	3.542	2.779	762
9262	Passau, Stadt	1.653	1.035	618	2.561	1.803	758	3.506	2.738	767
9263	Straubing, Stadt	1.653	1.037	616	2.537	1.785	753	3.504	2.783	721
9271	Deggendorf	1.653	991	662	2.498	1.748	750	3.448	2.718	729
9272	Freyung-Grafenau	1.653	942	711	2.447	1.660	787	3.424	2.627	797
9273	Kelheim	1.653	994	659	2.524	1.746	778	3.504	2.713	790
9274	Landshut	1.653	1.036	617	2.545	1.807	738	3.504	2.845	659
9275	Passau	1.653	974	679	2.487	1.718	769	3.448	2.676	772
9276	Regen	1.653	984	669	2.485	1.710	774	3.448	2.672	776
9277	Rottal-Inn	1.653	985	669	2.494	1.737	757	3.448	2.664	784
9278	Straubing-Bogen	1.653	984	669	2.501	1.758	743	3.448	2.718	729
9279	Dingolfing-Landau	1.653	993	660	2.494	1.737	757	3.448	2.674	773
9361	Amberg, Stadt	1.653	974	679	2.501	1.741	760	3.421	2.633	788

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarktstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohn- abstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohn- abstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohn- abstand 9
9362	Regensburg, Stadt	1.653	1.078	576	2.603	1.860	744	3.534	2.782	752
9363	Weiden i.d.OPf., Stadt	1.653	960	693	2.483	1.706	777	3.448	2.669	779
9371	Amberg-Weizsach	1.653	930	723	2.450	1.657	793	3.411	2.597	814
9372	Cham	1.653	957	696	2.488	1.719	769	3.438	2.635	802
9373	Neumarkt i.d.OPf.	1.653	1.018	635	2.542	1.799	744	3.504	2.759	744
9374	Neustadt a.d.Waldnaab	1.653	930	723	2.460	1.670	789	3.410	2.584	825
9375	Regensburg	1.653	1.042	611	2.548	1.814	733	3.504	2.790	714
9376	Schwandorf	1.653	992	661	2.496	1.743	753	3.448	2.703	744
9377	Tirschenreuth	1.653	921	732	2.419	1.626	792	3.373	2.547	826
9461	Bamberg, Stadt	1.653	1.001	652	2.526	1.759	768	3.492	2.724	767
9462	Bayreuth, Stadt	1.653	995	658	2.509	1.738	771	3.425	2.621	803
9463	Coburg, Stadt	1.653	960	693	2.515	1.747	768	3.411	2.585	825
9464	Hof, Stadt	1.653	949	704	2.443	1.657	786	3.422	2.626	795
9471	Bamberg	1.653	965	688	2.487	1.716	770	3.448	2.699	749
9472	Bayreuth	1.653	977	676	2.495	1.741	755	3.448	2.664	784
9473	Coburg	1.653	952	701	2.491	1.728	762	3.440	2.644	795
9474	Forchheim	1.653	1.014	640	2.540	1.791	749	3.504	2.814	690
9475	Hof	1.653	949	704	2.470	1.694	776	3.386	2.575	811
9476	Kronach	1.653	950	703	2.469	1.692	777	3.427	2.648	778
9477	Kulmbach	1.653	974	679	2.488	1.720	768	3.448	2.695	753
9478	Lichtenfels	1.653	952	701	2.471	1.682	789	3.421	2.602	819
9479	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	1.653	928	725	2.440	1.669	771	3.370	2.572	797
9561	Ansbach, Stadt	1.653	1.039	614	2.577	1.821	756	3.529	2.780	749
9562	Erlangen, Stadt	1.653	1.027	626	2.584	1.827	757	3.486	2.710	776
9563	Fürth, Stadt	1.653	1.026	627	2.533	1.760	773	3.507	2.731	776
9564	Nürnberg, Stadt	1.653	1.066	587	2.592	1.837	754	3.546	2.787	758
9565	Schwabach, Stadt	1.653	1.038	615	2.546	1.783	763	3.480	2.716	763
9571	Ansbach	1.653	952	701	2.485	1.715	770	3.431	2.649	781
9572	Erlangen-Höchststadt	1.653	1.040	613	2.558	1.786	771	3.537	2.742	795
9573	Fürth	1.653	1.034	619	2.577	1.822	755	3.541	2.792	749
9574	Nürnberger Land	1.653	1.012	641	2.531	1.756	774	3.541	2.779	762
9575	Neustadt (Aisch)-Bad Windsh.	1.653	998	655	2.492	1.731	761	3.448	2.664	784
9576	Roth	1.653	993	660	2.517	1.745	771	3.491	2.733	757
9577	Weißenburg-Gunzenhausen	1.653	955	698	2.475	1.689	786	3.429	2.627	802
9661	Aschaffenburg, Stadt	1.653	1.073	580	2.635	1.897	739	3.594	2.862	731
9662	Schweinfurt, Stadt	1.653	970	683	2.500	1.729	771	3.453	2.674	778
9663	Würzburg, Stadt	1.653	1.039	614	2.582	1.821	761	3.512	2.737	774
9671	Aschaffenburg	1.653	1.024	629	2.544	1.804	740	3.504	2.848	655
9672	Bad Kissingen	1.653	975	678	2.489	1.723	766	3.448	2.707	740
9673	Rhön-Grabfeld	1.653	954	699	2.481	1.700	781	3.438	2.633	805
9674	Haßberge	1.653	973	680	2.474	1.689	785	3.437	2.649	787
9675	Kitzingen	1.653	961	692	2.470	1.682	788	3.448	2.664	784
9676	Miltenberg	1.653	1.014	639	2.523	1.821	702	3.448	2.768	679
9677	Main-Spessart	1.653	979	674	2.486	1.714	772	3.447	2.661	786
9678	Schweinfurt	1.653	995	658	2.501	1.758	743	3.446	2.668	777
9679	Würzburg	1.653	972	682	2.512	1.733	779	3.504	2.731	772
9761	Augsburg, Stadt	1.653	1.071	582	2.599	1.851	748	3.556	2.817	738
9762	Kaufbeuren, Stadt	1.653	1.033	620	2.542	1.777	765	3.493	2.710	782
9763	Kempten (Allgäu), Stadt	1.653	1.028	625	2.574	1.819	755	3.527	2.748	779
9764	Memmingen, Stadt	1.653	971	682	2.475	1.687	787	3.447	2.634	813
9771	Aichach-Friedberg	1.653	1.050	603	2.587	1.849	738	3.561	2.868	692
9772	Augsburg	1.653	1.077	576	2.598	1.881	717	3.561	2.936	624
9773	Dillingen a.d.Donau	1.653	1.015	638	2.507	1.776	732	3.448	2.777	670
9774	Günzburg	1.653	1.044	609	2.529	1.838	691	3.448	2.767	681

Lohnabstand und verfügbare Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarktstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohn- abstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohn- abstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohn- abstand 9
9775	Neu-Ulm	1.653	1.074	579	2.622	1.867	755	3.626	2.884	741
9776	Lindau (Bodensee)	1.653	1.101	552	2.605	1.902	703	3.561	2.814	747
9777	Ostallgäu	1.653	1.045	608	2.560	1.849	711	3.504	2.837	667
9778	Unterallgäu	1.653	1.006	648	2.511	1.787	724	3.448	2.781	667
9779	Donau-Ries	1.653	1.009	644	2.512	1.788	723	3.448	2.719	729
9780	Oberallgäu	1.653	1.033	620	2.543	1.801	742	3.504	2.775	728
10000	Saarland	1.653	1.020	633	2.538	1.786	752	3.489	2.740	749
10041	Regionalverband Saarbrücken	1.653	1.031	622	2.544	1.803	741	3.489	2.738	751
10042	Merzig-Wadern	1.653	1.023	630	2.509	1.782	727	3.448	2.771	676
10043	Neunkirchen	1.653	1.050	603	2.515	1.799	716	3.448	2.773	675
10044	Saarlouis	1.653	1.002	651	2.532	1.773	759	3.498	2.745	753
10045	Saarpfalz-Kreis	1.653	973	680	2.505	1.733	772	3.469	2.703	765
10046	St. Wendel	1.653	943	711	2.477	1.700	777	3.439	2.667	771
	Ostdeutschland	1.653	990	664	2.500	1.733	768	3.450	2.676	774
11000	Berlin	1.653	1.065	588	2.590	1.842	748	3.518	2.771	747
11000	Berlin, Stadt	1.653	1.065	588	2.590	1.842	748	3.518	2.771	747
12000	Brandenburg	1.653	979	674	2.499	1.732	767	3.449	2.675	773
12051	Brandenburg an der Havel	1.653	995	658	2.502	1.741	761	3.438	2.674	764
12052	Cottbus, Stadt	1.653	947	706	2.468	1.673	795	3.386	2.539	847
12053	Frankfurt (Oder), Stadt	1.653	967	686	2.472	1.713	760	3.382	2.598	784
12054	Potsdam, Stadt	1.653	1.044	609	2.563	1.808	755	3.464	2.698	766
12060	Barnim	1.653	989	664	2.486	1.713	774	3.473	2.701	772
12061	Dahme-Spreewald	1.653	1.021	632	2.554	1.795	759	3.561	2.848	713
12062	Elbe-Elster	1.653	961	692	2.453	1.678	775	3.364	2.573	791
12063	Havelland	1.653	1.003	650	2.525	1.763	762	3.515	2.759	755
12064	Märkisch-Oderland	1.653	975	678	2.498	1.732	766	3.415	2.630	785
12065	Oberhavel	1.653	985	668	2.527	1.774	754	3.459	2.701	757
12066	Oberspreewald-Lausitz	1.653	972	681	2.461	1.690	770	3.370	2.551	819
12067	Oder-Spree	1.653	959	694	2.483	1.711	772	3.430	2.655	775
12068	Ostprignitz-Ruppin	1.653	956	697	2.469	1.696	773	3.390	2.613	777
12069	Potsdam-Mittelmark	1.653	987	666	2.555	1.801	754	3.561	2.842	719
12070	Prignitz	1.653	949	704	2.460	1.691	769	3.398	2.631	766
12071	Spree-Neiße	1.653	938	715	2.454	1.673	781	3.391	2.603	787
12072	Teltow-Fläming	1.653	1.002	651	2.518	1.756	761	3.504	2.776	728
12073	Uckermark	1.653	958	695	2.475	1.700	775	3.400	2.604	795
13000	Mecklenburg-Vorpommern	1.653	954	699	2.467	1.690	776	3.390	2.585	804
13003	Rostock, Hanse- u. Uni-Stadt	1.653	987	666	2.509	1.738	771	3.414	2.603	811
13004	Schwerin, Landeshauptstadt	1.653	942	711	2.458	1.669	789	3.393	2.580	812
13071	Mecklenburgische Seenplatte	1.653	946	707	2.447	1.671	776	3.359	2.551	808
13072	Landkreis Rostock	1.653	964	689	2.491	1.725	766	3.414	2.634	780
13073	Vorpommern-Rügen	1.653	965	688	2.485	1.715	770	3.426	2.633	792
13074	Nordwestmecklenburg	1.653	945	708	2.454	1.670	783	3.394	2.590	803
13075	Vorpommern-Greifswald	1.653	932	721	2.442	1.664	779	3.367	2.563	804
13076	Ludwigslust-Parchim	1.653	943	710	2.436	1.647	789	3.376	2.558	817
14000	Sachsen	1.644	947	698	2.452	1.680	772	3.386	2.607	779
14511	Chemnitz, Stadt	1.644	918	727	2.414	1.625	789	3.341	2.517	824
14521	Erzgebirgskreis	1.644	910	734	2.412	1.635	776	3.342	2.549	793
14522	Mittelsachsen	1.644	934	710	2.427	1.645	782	3.347	2.546	801
14523	Vogtlandkreis	1.644	895	749	2.379	1.591	788	3.301	2.492	809
14524	Zwickau	1.644	932	713	2.438	1.661	776	3.375	2.584	791
14612	Dresden, Stadt	1.644	1.003	641	2.524	1.774	749	3.467	2.750	717
14625	Bautzen	1.644	921	723	2.432	1.652	780	3.345	2.548	797
14626	Görlitz	1.644	955	690	2.430	1.664	765	3.334	2.559	775
14627	Meißen	1.644	915	729	2.425	1.643	782	3.354	2.559	795

Lohnabstand und verfügbares Einkommen nach Haushaltstyp, Region und Arbeitsmarkstatus, 2026

Angaben in Euro

	Region	Alleinstehender Mann			Alleinerziehende Frau, 1 Kind, 5 Jahre			Ehepaar, 2 Kinder, 5 und 14 Jahre		
		Verfügbares Einkommen mit Arbeit 1	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 2	Lohnabstand 3	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 4	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 5	Lohnabstand 6	Verfügbares Einkommen mit Arbeit 7	Verfügbares Einkommen ohne Arbeit 8	Lohnabstand 9
14628	Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	1.644	941	704	2.457	1.688	769	3.381	2.600	781
14713	Leipzig, Stadt	1.644	954	690	2.474	1.704	770	3.428	2.653	776
14729	Leipzig	1.644	974	670	2.467	1.694	773	3.406	2.632	774
14730	Nordsachsen	1.644	924	721	2.433	1.656	777	3.363	2.580	783
15000	Sachsen-Anhalt	1.653	945	708	2.438	1.653	785	3.362	2.546	815
15001	Dessau-Roßlau, Stadt	1.653	976	677	2.458	1.683	775	3.391	2.600	790
15002	Halle (Saale), Stadt	1.653	958	695	2.458	1.674	784	3.389	2.581	808
15003	Magdeburg, Landeshaupt.	1.653	962	691	2.456	1.675	781	3.370	2.555	815
15081	Altmarkkreis Salzwedel	1.653	909	744	2.410	1.621	788	3.335	2.499	836
15082	Anhalt-Bitterfeld	1.653	947	706	2.433	1.647	785	3.363	2.558	805
15083	Börde	1.653	927	726	2.417	1.625	792	3.356	2.527	828
15084	Burgenlandkreis	1.653	933	720	2.421	1.635	787	3.352	2.539	813
15085	Harz	1.653	938	715	2.438	1.653	785	3.350	2.522	827
15086	Jerichower Land	1.653	928	725	2.421	1.631	790	3.336	2.509	826
15087	Mansfeld-Südharz	1.653	948	705	2.435	1.656	779	3.358	2.550	807
15088	Saalekreis	1.653	955	698	2.439	1.657	782	3.364	2.553	810
15089	Salzlandkreis	1.653	935	718	2.418	1.630	787	3.332	2.505	827
15090	Stendal	1.653	928	725	2.418	1.631	787	3.336	2.504	831
15091	Wittenberg	1.653	934	719	2.425	1.638	788	3.361	2.537	823
16000	Thüringen	1.653	936	717	2.449	1.671	778	3.390	2.598	792
16051	Erfurt, Stadt	1.653	969	684	2.473	1.700	773	3.428	2.648	779
16052	Gera, Stadt	1.653	908	745	2.428	1.645	783	3.363	2.566	796
16053	Jena, Stadt	1.653	957	696	2.501	1.739	763	3.461	2.711	750
16054	Suhl, Stadt	1.653	936	717	2.446	1.660	786	3.339	2.501	837
16055	Weimar, Stadt	1.653	988	665	2.507	1.738	769	3.396	2.585	811
16061	Eichsfeld	1.653	936	717	2.460	1.673	786	3.404	2.609	795
16062	Nordhausen	1.653	898	755	2.410	1.625	785	3.339	2.535	804
16063	Wartburgkreis	1.653	943	710	2.445	1.670	774	3.366	2.569	796
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	1.653	923	731	2.438	1.665	773	3.369	2.566	803
16065	Kyffhäuserkreis	1.653	919	734	2.429	1.650	778	3.377	2.604	772
16066	Schmalkalden-Meiningen	1.653	942	711	2.438	1.658	780	3.382	2.579	803
16067	Gotha	1.653	919	734	2.435	1.649	786	3.376	2.578	797
16068	Sömmerda	1.653	927	726	2.448	1.666	782	3.388	2.606	782
16069	Hildburghausen	1.653	923	730	2.423	1.636	787	3.381	2.564	817
16070	Ilm-Kreis	1.653	935	718	2.461	1.680	781	3.390	2.598	792
16071	Weimarer Land	1.653	952	701	2.470	1.704	766	3.414	2.646	767
16072	Sonneberg	1.653	942	711	2.439	1.664	776	3.381	2.592	788
16073	Saalfeld-Rudolstadt	1.653	940	713	2.452	1.679	773	3.406	2.624	782
16074	Saale-Holzland-Kreis	1.653	937	716	2.458	1.681	777	3.419	2.618	801
16075	Saale-Orla-Kreis	1.653	937	716	2.455	1.676	779	3.419	2.610	808
16076	Greiz	1.653	943	710	2.436	1.655	782	3.348	2.522	826
16077	Altenburger Land	1.653	912	741	2.421	1.632	790	3.262	2.594	667

Quelle: WSI-Steuer/Transfermodell, Basisdaten: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den Kosten der Unterkunft

WSI**Anmerkung:**

Lohnabstand = verfügbares Einkommen bei Arbeit - verfügbares Einkommen ohne Arbeit. Alle Angaben beziehen sich auf die Kreise und basieren auf bevölkerungsgewichteten Mittelwerten für die Mietstufen. Eine weitere geldwerte Leistung ist die Regelung, wonach SGB-II-Haushalte von der Zahlung des Rundfunkbeitrags ausgenommen sind, welcher sich bis auf Weiteres auf 18,36 Euro pro Monat und Wohnung beläuft. Diese Leistung ist nicht in das WSI Steuer/Transfer-Modell integriert. Wer diesen Betrag berücksichtigen möchte, kann ihn einfach vom Lohnabstand abziehen bzw. dem verfügbaren Einkommen im Fall ohne Arbeit zuschlagen.

AUTOR

Dr. Eric Seils

Referat: Vergleichende Sozialpolitik

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Düsseldorf

eric-seils@boeckler.de

Dr. Helge Emmler

Referat: WSI-Datenzentrum

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Düsseldorf

helge-emmler@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18

40474 Düsseldorf

www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Satz: Daniela Groß

WWW.BOECKLER.DE